

19. Juni 2013

Offener Brief des BUND gegen Massentierhaltung in Haßleben

Sehr geehrter Herr Kanzlerkandidat Steinbrück,
sehr geehrter Herr Minister Vogelsänger,

mit großem Befremden sieht der BUND, dass die Brandenburgische SPD als verantwortliches Regierungsmitglied die Mega-Schweinemastanlage in Haßleben/ Brandenburg mit über 37 000 Schweinen in einer einzigen Stallanlage genehmigen will. Die Genehmigung des vor 9 Jahren gestellten Bauantrages der niederländischen Schweine-Dynastie von Harry van Gennip stünde in krassem Widerspruch zu den Wahlversprechen, die die SPD den Wählern bundesweit unterbreitet hat. Im Regierungsprogramm der SPD heißt es:

„Tierschutz ist ein unverzichtbarer Bestandteil verantwortungsvoller Ernährungs-, Landwirtschafts-, Verbraucher- und Umweltpolitik. (...) Die landwirtschaftliche Nutztierhaltung muss sich stärker an den Bedürfnissen der Tiere ausrichten. Dafür müssen (...) entsprechende Haltungssysteme vorgegeben und der Antibiotika-Einsatz in der Tierhaltung drastisch vermindert werden. Die Intensivtierhaltung werden wir durch geeignete gesetzliche Maßnahmen zurückdrängen (...).“

Sehr geehrte Herren, was sollen Wählerinnen und Wähler Ihnen persönlich und der SPD nun glauben? Dass sie industrielle Massentierhaltung wie in Haßleben konkret voranbringen oder wie auf dem Papier angekündigt zurückdrängen? Der BUND und die Bürgerinitiative in Haßleben weisen Sie darauf hin, dass der Tierschutz in der geplanten Schweinemast massiv unterlaufen wird. So würden die Tiere im Brandfall elend verbrennen, weil kein Mensch es riskieren könnte, in eine brennende Großmastanlage zu gehen, um die Tiere ins Freie zu treiben. Gemäß der nicht tiergerechten Haltungsvorgaben, die die SPD ja angeblich verbessern will, würden die Sauen in Haßleben tierschutzwidrig in eisernen Gitterkästen und die Mastschweine auf weniger als einem Quadratmeter je Tier gehalten mit entsprechend hohem Einsatz von Antibiotika.

Stoppen Sie die geplante Tierqual in Haßleben!

Retten Sie die wertvollen Naturschutzgebiete neben der geplanten Mastanlage in Haßleben:

Stoppen Sie die Umweltverschmutzung!

Dem Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz in Brandenburg (LUGV) liegen die für eine Ablehnung der Schweinehaltung in Haßleben notwendigen wissenschaftlichen Gutachten zum Moorschutz, zum gefährlichen zusätzlichen Nitratreintrag und zum Verstoß gegen Europäisches Naturschutzrecht vor. Eine Ablehnung der Anlage steht daher juristisch auf sicherem Fundament.

Eine Genehmigung dagegen würde den vorliegenden Gutachten und Studien gemäß einen massiven Verstoß gegen Europäisches Umweltrecht darstellen.

Der BUND erwägt daher, eine Beschwerde bei der EU-Kommission einzureichen und weitere rechtliche Schritte, weil die SPD-geführte Landesregierung das EU-Umweltrecht zum Schutz von Natur und Wasser sträflich ignoriert. Ein entsprechendes Schreiben des BUND liegt dem Landesamt vor.

Ist die SPD für oder gegen Europäisches Umweltrecht und den Naturschutz?

Im Regierungsprogramm der SPD verspricht sie den Wählern in Deutschland Klimaschutz, bäuerliche Landwirtschaft und Regionalvermarktung – das Gegenteil also zur Genehmigung eines klimaschädlichen Megaschweinestalles von einem internationalen Investor ohne jeden Bezug zur Region.

„Die Ernährungs- und Landwirtschaft hat eine große wirtschaftliche, ökologische und soziale Bedeutung, gerade im Bereich des Klimaschutzes. Sie hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Nutzung von natürlichen Ressourcen. Wir wollen eine nachhaltige, bäuerliche Landwirtschaft, die zum Erhalt und zur Entwicklung lebenswerter ländlicher Räume und unserer Kulturlandschaft beiträgt. Regionalvermarktungsstrategien und lokale Wertschöpfung werden dabei von uns gestärkt.“

Sehr geehrter Herr Kanzlerkandidat Steinbrück,

wie stehen Sie dazu, dass sich ein Landesvertreter der SPD in Ministerverantwortung offen gegen die Ziele des SPD-Parteiprogramms stellt?

Sehr geehrter Herr Minister Vogelsänger,

sollten Sie die Megaschweinemast in Haßleben nicht stoppen, sondern die Genehmigung ermöglichen, dann zeigen Sie den Wählerinnen und Wählern in Deutschland, dass Sie das Wahlprogramm ihrer Bundespartei überhaupt nicht mittragen, dass das SPD-Programm nichts wert ist, wenn ein SPD-Minister in Regierungsverantwortung kommt.

Aus Sicht des BUND brauchen weder Brandenburg noch die Bundesrepublik weitere Schweineställe, denn Agrarbetriebe erzeugen bereits 15 Prozent Überproduktion an Schweinefleisch gemessen am heimischen Konsum. Discounter und Schlachthöfe nutzen das Überangebot am Markt, um die Preise für das Fleisch teils unter die Produktionskosten zu drücken. Daher zerstört die Ausweitung der Fleischproduktion in Agrarindustriebetrieben wie die geplante in Haßleben bäuerliche Betriebe mit mehr Arbeitsplätzen und einer besseren Tierbetreuung.

Die Nachfrage der Verbraucherinnen und Verbraucher nach Fleisch aus besonders artgerechter Tierhaltung und Biofleisch kann dagegen noch immer nicht aus heimischer Erzeugung gedeckt werden.

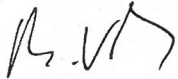
Die Behauptung, dass die Genehmigung nach den geltenden rechtlichen Vorschriften erteilt werden musste, ist falsch. Das Land kann die Genehmigung ohne rechtliches Risiko ablehnen. Daher wäre

eine Genehmigung eine politische Entscheidung in Ihrer Verantwortung zugunsten der Ausweitung der nicht umwelt- und nicht tiergerechten Intensivtierhaltung.

Wir fordern Sie daher auf, den Antrag von van Gennip abzulehnen.

Stehen Sie zum Wort Ihrer Partei. Stoppen Sie diese Agrarfabrik! Fördern sie Bauernhöfe und Biobetriebe.

Mit freundlichen Grüßen



Burkhard Voß
Landesvorsitzender